

Rede von Maurice Schumann (22. Juli 1969)

Legende: Am 22. Juli 1969 hält der französische Außenminister Maurice Schumann seine erste Rede vor dem Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und verleiht seinem Wunsch Ausdruck, dass die Sechs die Beitrittsbedingungen zum Gemeinsamen Markt genau festlegen.

Quelle: Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Dépôts, DEP. Edoardo Martino, EM. EM 175.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_maurice_schumann_22_juli_1969-de-0846db00-ef49-48d2-8a76-10656b053c6d.html

Publication date: 05/07/2016



Rede von M. Schumann (22. Juli 1969)

Französischer Außenminister

Mein Beitrag zu diesem Tagesordnungspunkt ist sehr bescheiden. Er bietet mir die Möglichkeit, mich Ihnen vorzustellen. Ich nehme zum ersten Mal an Ihren Beratungen teil, und um an Ihren Beratungen teilzunehmen, habe ich das französische Staatsgebiet zum ersten Mal in meiner Eigenschaft als Außenminister verlassen.

[...]

Jemand sagte kürzlich: „Frankreich ist der Schlüssel zu jedem Fortschritt auf europäischer Ebene.“ Das hieße, uns viel Ehre zu erweisen, ja sogar zu viel der Ehre. Doch wenn die Formulierung gerechtfertigt wäre, dann wage ich zu behaupten, dass es auf europäischer Ebene sehr bald große Fortschritte gäbe.

[...]

Und dies bringt mich ganz natürlich zu der Frage, die sich direkt unter dem dritten Tagesordnungspunkt stellt: die Bedingungen für die Erweiterung. Vielleicht sollte ich nicht in der Mehrzahl sprechen. Es war wiederum Herr Chaban-Delmas, der vor dem französischen Parlament sagte: „Der Beitritt Großbritanniens ist wünschenswert – unter der Bedingung, dass er nicht zu einer Schwächung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führt.“

Diese Maxime gilt natürlich für die in unserer Tagesordnung aufgeführten Beitrittsanträge, von denen kein einziger unabhängig vom britischen Antrag betrachtet werden kann, wie die Kommission und die Regierung des Vereinigten Königreichs selbst es sinnvollerweise noch einmal betonten. Diese Maxime besagt ganz klar: Es ist erstens keineswegs unvermeidlich, dass der Beitritt Großbritanniens und weiterer neuer Mitglieder zu einer Schwächung der Gemeinschaft führt; ferner ist es wichtig, dass wir uns möglichst früh über die Bedingungen einigen, die erfüllt werden müssen, damit die Erweiterung zu keinerlei Schwächung führt. Ich möchte hinzufügen, dass diese Abstimmung sich auf die vergangenen und künftigen Arbeiten der Kommission stützen können, deren Stellungnahmen in jeder Hinsicht besonders wichtig sind, da sie nur ein Kriterium, ein Ziel verfolgen: die Erhaltung und die Weiterentwicklung der Gemeinschaft unter Beibehaltung ihres ursprünglichen Wesens. Sagen wir es deutlich: Je klarer es ist, dass keiner von uns grundsätzliche Einwände gegen den Beitritt der Länder hat, die einen Antrag gestellt haben, desto unvermeidlicher ist es, die Verhandlungen mit der Gewissheit ihres erfolgreichen Abschlusses zu beginnen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir zuvor in aller Aufrichtigkeit und Unabhängigkeit untereinander eine Einigung erzielen, nachdem wir den Tatsachen ins Auge geblickt haben. Es wäre beispielsweise wenig nutzbringend, wenn wir so täten, als vergäßen wir, dass im Jahr 1968 die Einfuhren der skandinavischen Länder aus dem Gemeinsamen Markt etwas über denen Großbritanniens lagen, und dass die Exporte der skandinavischen Länder in den Gemeinsamen Markt praktisch auf dem gleichen Niveau wie die Großbritanniens lagen. Ich möchte nur der Erinnerung halber ein Problem ansprechen, dem unser Kollege Herr Brandt zu Recht sehr große Bedeutung beimisst: die Beziehungen zwischen einer erweiterten Gemeinschaft und jenen Staaten, die ihr nicht werden beitreten können. Auch hierbei werden wir die Unterstützung der Kommission in jeder Hinsicht benötigen, um alle Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der Natur der Sache ergeben, wobei die Modalitäten für diese Hilfe jederzeit genau definiert werden müssen.

Herr Präsident, meine Herren,

mit Ende dieses Jahres endet die zwölfjährige Übergangszeit. Es beginnt die endgültige Phase, die nach dem Willen der Verfasser des Vertrags von Rom nicht zeitlich begrenzt werden sollte. Vor zwölf Jahren hätten nur wenige Leute gewagt, auf die Einhaltung dieser Fristen zu wetten. Diejenigen, die darauf gesetzt haben, haben gewonnen, denn die Gemeinschaft wird diesen Schritt wie alle anderen zuvor meistern.

Wir sollten vor diesem Ereignis, das Europa in den Augen der ganzen Welt als eine unumkehrbar

gewordene Tatsache bestätigen wird, auf höchster politischer Ebene einen Moment innehalten.

Innehalten, um eine Bilanz der letzten zwölf Jahre zu ziehen, die trotz ihrer Mängel beachtlich ist; aber auch innehalten, um über die Perspektiven, die sich unseren nun endlich vollendeten Gemeinschaften bieten werden, nachzudenken: Wie können sie vertieft, wie erweitert werden, ohne sie zu schwächen, sondern indem sie gestärkt werden? Und schließlich innehalten, um über die Rolle der Staaten Europas in der Welt nachzudenken, über ihren gemeinsamen Beitrag zum Frieden, zum Wohlstand und zur Freiheit, die alle Menschen verdienen.

In diesem Sinne möchte ich heute im Namen des französischen Präsidenten und im Namen der französischen Regierung den hier vertretenen Staaten folgenden Vorschlag unterbreiten: Zum nächstmöglichen Zeitpunkt und nach Modalitäten, die von allen akzeptiert werden und auf angemessenem Wege definiert werden können, sollten ihre höchsten Vertreter zusammentreten, damit diese ihre Ansichten ohne Einschränkung und ohne feste Tagesordnung austauschen und uns den notwendigen Elan für neue Fortschritte verleihen!

Ich sprach von „dem nächstmöglichen Zeitpunkt“. Was den Ort betrifft, so ergibt dieser sich für mich aus dem Grundsatzbeschluss, der, wenn ich nicht irre, am Ende der Konferenz von Rom gefasst wurde, und aus der Anwesenheit des Ältesten unter uns auf dem Sitz des Präsidenten. Ich schlage demnach vor, dass die Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft im Jahre 1969 in Den Haag stattfindet.

Die anderen Hauptstädte werden ebenfalls erneut oder erstmalig an die Reihe kommen. Unser Vorschlag soll nicht aufgrund seiner Förmlichkeit Ausnahmecharakter bekommen.

In seiner ersten Pressekonferenz am 10. Juli unterstrich der Präsident der Republik die Nützlichkeit von Zusammenkünften der höchsten Vertreter „in relativ kurzen zeitlichen Abständen“.

In einer Rede, die er am 6. Juni noch als Kandidat für das höchste Staatsamt hielt, hatte er bereits von „regelmäßigen Begegnungen“ gesprochen. Es geht also wirklich darum, die Beständigkeit des politischen Willens zu bestätigen und von höchster Stelle aus zu organisieren. Und die Bejahung dieses Willens ist – das betone ich – das sicherste Mittel gegen Stagnation oder Enttäuschung, das heißt letztendlich gegen verlorene Zeit.

Ich weiß, dass wir dieses dynamische Konzept des europäischen Aufbauwerks teilen, denn es ist das einzige, das unserem Europa und unserem Zeitalter entspricht.